

SCHULJAHRE 2014 –2017 AUSSICHTEN UND ZIELE

Schuljahresbeginn 2015-2016
Departement für Bildung und Sicherheit
Dienststelle für Unterrichtswesen

Schulpolitik - Departementsvorsteher

Zehn Thesen zur Schule

- 1. Die Pädagogik ist eine Kunst zu leben,
keine exakte Wissenschaft**
- 2. Für eine fordernde Schule**
- 3. Für einen Unterricht, der auf Inhalten basiert**
- 4. Die Qualität der Schule hängt von der Qualität
der Lehrpersonen ab**
- 5. Für eine Rückkehr zu den Grundlagen**

Schulpolitik - Departementsvorsteher

Zehn Thesen zur Schule

6. Für die Würde der Schule
7. Die Ziele bestimmen die Lehrmittel und nicht umgekehrt
8. Die Schule ist auch eine Lebensschule
9. Die Schule fördert die Sprachen
10. Mehr Subsidiarität als Zentralisierung

Schulbesuche zu Beginn des Schuljahres

Naters – 21. August 2015:

13.30 – 14.45 Uhr Besuch von OS-Klassen

15.00 – 15.45 Uhr Austausch mit den Lehrpersonen / der
Schuldirektion

St-Léonard und Montana – 31. August 2015:

10.15 – 11.45 Uhr Besuch der Primarschule St-Léonard +
Lehrpersonen / Schuldirektion

12.30 Privates Essen mit Behörden des Haut-Plateau

14.00 – 16.00 Uhr Schulbesuch und Zusammenkunft mit
den Lehrpersonen

Allgemeines

7 Ziele für die Jahre 2014 – 2017

Jahresbilanz zum Schuljahresstart

Jährliche Aktualisierung der Roadmap

Ziel 1

Kostenkontrolle trotz Bevölkerungswachstum

Ziel 1

Kostenkontrolle trotz Bevölkerungswachstum

▲ Grundsätze

- **SUSPENDIEREN, nicht AUFHEBEN**
 - Die Normen von 2007 blieben in Kraft. Neue Normen werden für das Schuljahr 2016-2017 eingeführt.
- **Leistungen, welche direkt die Schüler betreffen, erhalten.**
 - Deutsch für Fremdsprachige (DfF) und Pädagogische Schülerhilfe werden unterstützt und weiter entwickelt.
 - Das Unterrichten wird auf allen Stufen weiter entwickelt (Studentafel, Verordnungen, Pflichtenhefte).

Ziel 1

Kostenkontrolle trotz Bevölkerungswachstum

▲ Grundsätze

- **Entwicklungsschwerpunkte festlegen**
 - ISM entwickeln (Schulverwaltungsprogramm)
 - Das neue OS-Gesetz analysieren und die Einführung des Primarschulgesetzes begleiten
 - Die PH Wallis reformieren (verkürzen, vereinfachen)
- **Für alle Stufen die Entwicklung der Schülerbestände antizipieren**
 - In diesem Schuljahr eine statistische Einheit bei der PH einsetzen

Ziel 1

Kostenkontrolle trotz Bevölkerungswachstum

▲ Grundsätze

- Kostentransparenz praktizieren (Sparmassnahmen, Lektionen, VZÄ)
 - Die Analyse der Kosten ist laufend und wir haben unser Budget perfekt eingehalten, was bemerkenswert ist.
- Partnerschaft mit den Schuldirektionen und den Lehrerverbänden weiter entwickeln → zusammenarbeiten
 - Erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Hauptpartnern: Schuldirektionen, Oberwallis, PHVS und den Berufsverbänden der Sek II allgemein und der PH

Ziel 1

Kostenkontrolle trotz Bevölkerungswachstum

Grosse Einsparungen, aber

- Gewährleistung der Klassenbestände
- Qualität nicht in Gefahr / Prioritäten des Departements wurden respektiert
- grundlegende Bedürfnisse der DU wurden berücksichtigt
- Arbeitsbedingungen des Lehrpersonals nicht verschlechtern

Ziel 1

Kostenkontrolle trotz Bevölkerungswachstum

Lehrerstellen bei der DU			
	31.12.2013	31.12.2014	Schätzung 15/16
SCHULEN PRIMARSTUFE	1'566	1'536	1'580
SCHULEN OS	873	831	830
SCHULEN SEKUNDARSTUFE II (Mittelschulen)	526	512	440
<i>Total ohne PH-VS</i>	<i>2'965</i>	<i>2'879</i>	<i>2'850</i>
SCHULEN TERTIÄRE STUFE (PH-VS)			60
<i>Total mit PH-VS</i>	<i>2'965</i>	<i>2'879</i>	<i>2'910</i>

Ziel 2

Entscheidungsfreiheit des Kantons im
Schulwesen stärken

Ziel 2

Entscheidungsfreiheit des Kantons im Schulwesen stärken

Im Kontext der zunehmenden Zentralisierung der Bildung (interkantonale Vereinbarungen, Reglementierungen des Bundes, EDK, CIIP) behält der Kanton Wallis seine Hoheit in den Walliser Schulen, welche der Dienststelle für Unterrichtswesen angehören, in den folgenden Punkten:

1. Wahl des Profils und der Bildung der Lehrpersonen (Generalist, Diplome, Pflichtenhefte, pädagogische Freiheit);
2. Wahl und Dauer der Ausbildungsgänge für unsere Schüler (namentlich in der Sek II);
3. Wahl der Schul- und Ferienpläne (Organisation-schulfreie Tage);
4. Wahl der Lehrmittel (Übernahme oder nicht von interkantonalen Lehrmitteln + kantonale Ergänzungen);
5. Festlegung der Stundentafeln, der zertifizierten kantonalen Prüfungen, der Klassenwiederholungen für alle Stufen;
6. Organisation des Schuljahres (namentlich Schülerbestände/Eröffnung von Klassen/Sonderschulwesen);

Ziel 2

Entscheidungsfreiheit des Kantons im Schulwesen stärken

Die PH VS muss klar eine Walliser Ausrichtung aufweisen, wobei sie eine wichtige Gestaltungsfreiheit hat.

Die PH VS ist eine tertiäre Schule des Kantons Wallis, welche dafür sorgt, dass ihre Diplome anerkannt sind.

Ziel 2

Die Zuständigkeiten der Partner klären

- ▲ ausgehend von der Rolle des jeweiligen Partners die Differenzen zwischen Kanton und Gemeinden ausmerzen

2016 - 2017

- ▲ Frage des kantonalen Statuts der Schuldirektionen neu prüfen (flexible Varianten)

2017 – 2018

- ▲ mit CIIP/EDK/Bund zusammenarbeiten, wobei die konstitutionellen Bestimmungen zu wahren sind

laufend

Ziel 3

Grundwerte der Walliser Schule
festlegen und präzisieren

Ziel 3

Grundwerte der Walliser Schule festlegen und präzisieren

- ▲ verbleibenden Teil des GUW (Gesetz über das öffentliche Unterrichtswesen) revidieren (Kap. I GUW 62)
laufend
- ▲ Synergien zwischen den öffentlichen Schulen und den Privatschulen schaffen
laufend
- ▲ Vereinheitlichung der Bearbeitung der Fragen zur kulturellen und religiösen Diversität
laufend
- ▲ die wichtigsten Unterrichtsprioritäten der einzelnen Stufen bekräftigen (Grundlagen)
laufend

Ziel 3

Grundwerte der Walliser Schule festlegen und präzisieren

Eine durch den Staatsrat per 13. Juli 2015 ernannte Arbeitsgruppe ist beauftragt Folgendes vorzuschlagen:

1. den Namen für das Gesetz
2. die Hauptgrundsätze der zu revidierenden Gesetzeskapitel
3. die Organisation des Gesetzes (Abschnitte, Kapitel, usw.)
4. die neuen Texte für die Gesetzesartikel

Parallel dazu wird eine **Konsultative Kommission (KK G UW62) gebildet**, welche eine breite Vertretung der interessierten Kreise sicherstellen soll.

Darin werden die Zentraldienste (Finanzabteilung – Dienststelle für Personalmanagement), die Verbände der Schuldirektionen, der Lehrpersonen aller Stufen, Schule & Elternhaus, die Walliser Wirtschaft vertreten sein.

Ziel 4

Einführung der stufenspezifischen
Gesetze weiterführen und die bereits
geltenden Gesetze verbessern

Ziel 4

Einführung der stufenspezifischen Gesetze weiterführen und die bereits geltenden Gesetze verbessern

▲ Gesetz über die Primarschule

- **Umsetzung zum Schuljahresbeginn**
 - Einsetzung des Primarschulgesetzes (Organisation der Schulwoche, Studentafel, Mediation ...)
 - Anpassung der Organisation des Kindergartens ans Konkordat HarmoS und ans Primarschulgesetz (1H-2H)
 - Unterrichtszeit – Arbeitszeit der Lehrpersonen wurde zum Teil angeglichen (33/32 – 30)
 - Pflichtenhefte einführen (Klassenlehrperson ...)

Ziel 4

Einführung der stufenspezifischen Gesetze weiterführen und die bereits geltenden Gesetze verbessern

▲ Gesetz über die Primarschule

- **Umsetzung zum Schuljahresbeginn**
 - Die Verordnung zur Beurteilung (obligatorische Schulzeit, kantonale Prüfungen, Noten, Promotionen ...) wird zu Schuljahresbeginn eingeführt
 - Die Erarbeitung der Grundkenntnisse wird im Verlaufe des Jahres 2016 definiert.
 - Der legale Rahmen betreffend Arbeit der Lehrperson ausserhalb der Unterrichtszeit wird in diesem Schuljahr in Zusammenhang mit den neuen Pflichtenheften definiert.

Ziel 4

Einführung der stufenspezifischen Gesetze weiterführen und die bereits geltenden Gesetze verbessern

▲ OS-Gesetz

- Ein Fragebogen wird an die Schuldirektionen und die Lehrpersonen gerichtet. 2016 werden wir entscheiden, ob eine Revision des Gesetzes angeregt wird oder nicht.
- Die Arbeitsgruppe « Promotion der Gymnasien » bearbeitet namentlich die Zulassungsbedingungen fürs Kollegium.
- Vorschläge erfolgen im Verlaufe des Schuljahres.
- Anstieg der Bestände im Übergangsjahr (SfB) unter Kontrolle halten, vermeiden. Keine zusätzliche Eröffnung von Klassen mehr.

Ziel 4

Einführung der stufenspezifischen Gesetze weiterführen und die bereits geltenden Gesetze verbessern

▲ Zukünftiges Gesetz über die Mittelschulen

- **EVAMAR II (EDK) Beurteilung der Maturitätsreform Phase II**
 - Grundsätze werden 2016 durch die EDK festgelegt.
- **Aufwertung dieses Bildungswegs**
 - Die Arbeitsgruppe kommt voran.
- **Wiederholen am Gymnasium**
 - Art. 29: Der Entscheid des DBS-Vorstehers kann die Wiederholung erlauben.
 - Das Reglement wird revidiert. Eine Arbeitsgruppe wird bestimmt.

Ziel 4

Einführung der stufenspezifischen Gesetze weiterführen und die bereits geltenden Gesetze verbessern

▲ Zukünftiges Gesetz über die Mittelschulen

- Information / Promotion des Gymnasiums an der OS
 - Die Rektoren der Kollegien können ihre Studiengänge in den Orientierungsschulen präsentieren.
- Perspektiven / Öffnung von universitären und polytechnischen Studiengängen
 - Die Zusammenarbeit läuft mit der EPFL.
 - Kontakte werden dieses Jahr mit der CRUS (Rektorenkonferenz der schweizerischen Universitäten und der SUK (Schweizerischen Universitätskonferenz) hergestellt.

Ziel 5

Anstrengungen im Bereich der
Integration weiterführen

Ziel 5

Anstrengungen im Bereich der Integration weiterführen

- ▲ neues Sonderpädagogikkonzept einführen (Koordination und Konzentration)
 - Laufend - Das Gesetz über das Sonderschulwesen kommt im November in den Grossen Rat.
- ▲ Betreuung von Kindern mit Dyslexie und Hochbegabung verbessern
 - Die Lösungssuche wird weiter verfolgt.
- ▲ Vermehrt reaktiv handeln, wenn man mit einer normalen Integration an die Grenzen stösst
 - Die Aufsicht ist eingerichtet.

Ziel 5

Anstrengungen im Bereich der Integration weiterführen

- ▲ Situationsangepasste Massnahmen vorschlagen und darauf achten, dass nicht ständig neue individuelle Bedürfnisse geweckt werden.
 - Die Koordination der Massnahmen sicherstellen / Koordination vor Ort durch die Schuldirektion ist verpflichtend / die Interventionen nicht multiplizieren / die internen Personalressourcen maximal einlösen / Überschneidungen vermeiden (Eltern / Gesundheit / usw.)
- ▲ Betreuung der Dossiers von Kindern zwischen 0 und 20 Jahren sicherstellen. Bei Übergängen nicht wieder bei Null beginnen.

Ziel 6

Wo immer möglich vereinfachen und
rationalisieren, insbesondere auf
administrativer Ebene

Ziel 6

Wo immer möglich vereinfachen und rationalisieren,
insbesondere auf administrativer Ebene

- ▲ sich auf die zu erwartenden Anstiege der Schülerbestände einstellen (Administration vereinfachen)

- ▲ INTERNET SCHOOL MANAGEMENT (ISM)

Benutzerfreundlich, Zugang über Internet, ISM ersetzt SAP für die Bedürfnisse der DU: Anstellungen, Lehrermeldungen, Stundenpläne der Lehrpersonen, Notenverwaltung, Statistiken ...

- Lehrermeldungen der obligatorischen Schulzeit des VR auf ISM
- Stellvertretungen werden verpflichtend über ISM im Schuljahr 2016/2017 geregelt.

Ziel 6

Wo immer möglich vereinfachen und rationalisieren, insbesondere auf administrativer Ebene

- Ständige Weiterentwicklung von ISM (Notenverwaltung, Absenzen, Erarbeitung von Dokumenten, ...).
- Ab 2016-2017 werden alle Lehrpersonen und alle Schüler auf ISM sein. Eine Umsetzungshilfe sowohl pädagogischer (Noten/Wiederholung/...) als auch administrativer (Schülerbestände, Durchschnitte, ...) Art.

Ziel 6

Wo immer möglich vereinfachen und rationalisieren, insbesondere auf administrativer Ebene

- ▲ Zusammenschlüsse innerhalb der obligatorischen Schulzeit begünstigen
 - Das hängt von den Gemeinden ab.
- ▲ bessere Positionierung und Aufteilung der Studiengänge auf Sekundar- und Tertiärstufe prüfen
 - Komplex ...
- ▲ die Möglichkeiten der Webadministration anbieten [papierlose Verwaltung, Prozesse automatisieren]
 - ISM

Ziel 6

Wo immer möglich vereinfachen und rationalisieren, insbesondere auf administrativer Ebene

- ▲ « Schultasche » der Kinder « abspecken » und Zugang zu elektronischen Lehrmitteln bieten. Schaffung von Online-Ressourcen fördern und diese Ressourcen validieren
 - Laufend
- ▲ Transparenz, Einfachheit und Effizienz
 - Rasche und klare Antworten an die Schuldirektionen

Ziel 7

Kohärenz zwischen der Ausbildung der
Lehrpersonen und dem Unterricht
gewährleisten

Ziel 7

Kohärenz zwischen der Ausbildung der Lehrpersonen und dem Unterricht gewährleisten

- Standardisiertes Rekrutierungsverfahren für das Personal;
- Die Dauer der Ausbildung Sek I und II reduzieren;
- Die Austauschsemester werden optimiert;
- Rechtzeitige Erfassung von Studenten/Studentinnen, welche für diesen Beruf nicht geeignet sind;
- Die pädagogischen Referenzwerke ins Gleichgewicht bringen;
- Bessere Aufteilung der schriftlichen Arbeiten, um die Praktika zu erleichtern;

Ziel 7

Kohärenz zwischen der Ausbildung der Lehrpersonen und dem Unterricht gewährleisten

- Verbesserung des Zulassungsverfahrens: Neudefinition der Kriterien;
- Schaffung einer gesetzlichen Basis um die Erfahrung zu validieren;
- Verbesserung der Rekrutierung und der Rolle der PraktikumsbegleiterInnen;
- Die Fachberatung näher zu den Schulen führen;
- Gewicht der Schlussexamina

Andere Aufgaben

- ▲ Team und Organigramm der DU konsolidieren
 - Realisiert
- ▲ Zweisprachigkeit und Sprachaus-tausche fördern
 - Laufend
- ▲ ein Sicherheitsdispositiv für Schulen umsetzen
 - Laufend
- ▲ Nebenbeschäftigungen der Lehrpersonen reglementieren
 - Fragebogen an die Lehrpersonen via Schuldirektionen 2015-2016
- ▲ Überarbeitung des Konzepts Sport-Kunst-Ausbildung (S-K-A)
 - Laufend/ Schulsport – Amt für Sport

... + weitere laufende Aktivitäten der DU

Schlussfolgerungen

Danke für Ihre Aufmerksamkeit

Fragen?

« Jedem seine Geschichte »



« Jedem seine Geschichte »



16/17

1848-1914 Le long chemin vers la modernisation



Ouvriers de la fabrique chimique de Monthey, 1904. ©

Du déjà-vu ?

La constitution cantonale de 1848 est une œuvre des radicaux. Les conservateurs n'ont pas eu leur mot à dire. Ils ont été totalement écartés des débats. S'ils avaient participé, certaines décisions limitant le pouvoir de l'Eglise catholique n'auraient sans doute pas été adoptées. On se rappelle qu'en 1839 les conservateurs avaient aussi empêché les libéraux et les radicaux de donner leur avis sur la constitution. ●



La Suisse moderne

Une nouvelle constitution fédérale est également adoptée en 1848. La Suisse n'est plus l'alliance entre des Etats souverains, mais un Etat fédéral fondé sur la démocratie représentative. L'Assemblée fédérale et le Conseil fédéral sont institués. Même si les constitutions cantonales doivent respecter les dispositions fédérales et instaurer un régime démocratique, les prérogatives de la Confédération sont cependant encore très limitées. Ce n'est qu'avec la constitution de 1874 qu'elles s'étendent. La démocratie devient alors semi-directe (référendum législatif), puis directe en 1891 (droit d'initiative). Le Valais vote contre les deux révisions constitutionnelles, surtout parce qu'elles limitent le pouvoir de l'Eglise catholique. ●

Au pouvoir depuis décembre 1847 en Valais, les radicaux souhaitent créer un Etat moderne qui assure plus de libertés et d'égalité. Tout est à inventer; la tâche est gigantesque.

En janvier 1848, la nouvelle constitution cantonale introduit le **suffrage universel** pour l'élection au Grand Conseil et le droit d'**initiative** populaire. Les libertés de la presse, de commerce et d'industrie sont garanties et le pouvoir de l'Etat est renforcé par rapport à celui des communes. Les bases d'une administration cantonale sont posées.

Les changements ne sont toutefois pas aussi considérables qu'il y paraît. Les radicaux s'endorment un peu sur leurs lauriers. Une fois au pouvoir, ils favorisent surtout les gens de leur parti. La corruption gangrène le gouvernement qui n'a pas toujours les moyens de ses ambitions. Le canton est ruiné. Il doit payer d'importantes réparations à la Confédération à la suite de la défaite des cantons catholiques lors de la guerre du Sonderbund.

La société valaisanne reste majoritairement paysanne et son niveau d'éducation est très faible. L'industrie, cheval de bataille des radicaux, peine à se développer. Afin de se donner davantage les moyens de moderniser le canton, le gouvernement souhaite percevoir plus d'impôts. Mais les citoyens l'acceptent mal et les radicaux perdent des voix.

Les conservateurs sont de retour au gouvernement dès 1857. Désormais plus ouverts aux idées nouvelles, ils concrétisent certains projets imaginés par les radicaux et permettent ainsi une première modernisation du Valais. Malheureusement, les finances de l'Etat ne suivent toujours pas. Le canton vit grâce à des emprunts faits auprès de la Banque cantonale du Valais, créée en 1856. Ce système s'effondre au début des années 1870 lorsque la banque fait faillite. De 400 000 francs en 1857, la dette de l'Etat est alors passée à 5 millions ! Le Conseil d'Etat, responsable de ce fiasco, doit démissionner.

Le Valais va souffrir durant plusieurs décennies de la faillite de la Banque cantonale. Il poursuit pourtant son développement économique et social... à petits pas d'abord, parfois même à reculons, contraint par son appartenance à la Confédération dont il doit respecter la constitution et les lois.

Une fraude ?

En 1870, la Banque cantonale du Valais est présidée par le conseiller d'Etat conservateur Alexis Allet, homme fort de la politique cantonale. La gestion de la banque est hasardeuse, voire frauduleuse. La plupart des prêts sont accordés sur seule signature d'Alexis Allet alors que la méthode n'est pas légale. Beaucoup de débiteurs ne peuvent pas rembourser et la banque ne peut plus assurer les emprunts de l'Etat, ce qui entraîne sa faillite. La Banque cantonale du Valais en activité aujourd'hui est fondée en 1917. ●

Billet émis par la Banque cantonale du Valais portant notamment la signature d'Alexis Allet, 1856. ©



La première marche du podium

Malgré le scandale de la Banque cantonale, les conservateurs restent au pouvoir. Leur influence est alors écrasante : ils représentent les trois quarts environ des électeurs. Une partie d'entre eux crée le parti démocrate-chrétien (PDC) en 1970. Il reste de nos jours la première force politique du canton, même si le partage du pouvoir avec les autres partis politiques est désormais acquis. ●



Au revoir la Suisse

En Suisse comme dans le reste de l'Europe, l'émigration devient un phénomène de masse dès les années 1850. Elle connaît une forte hausse entre 1870 et 1890, avec une vague très importante de départs entre 1882 et 1885. Beaucoup partent parce que leur situation en Valais est précaire et qu'ils souhaitent l'améliorer. Durant la première vague d'émigration, ce sont souvent des paysans qui ne souhaitent pas devenir ouvriers pour compléter leurs revenus. Ils veulent vivre de la terre et espèrent qu'en Amérique ils pourront le faire. ●

« Jedem seine Geschichte »



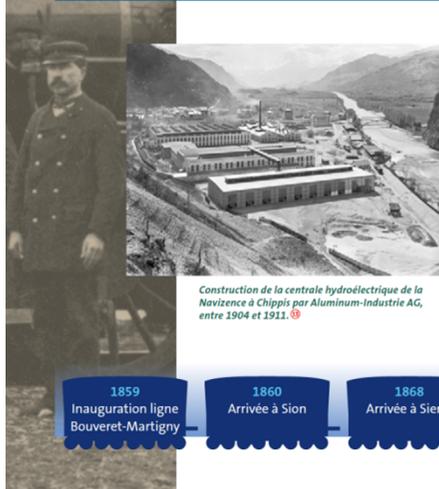
18 / 19

Arrivée d'une nouvelle locomotive au Bouveret, 1886. ©



La classe mondiale!

Les sites des trois grandes entreprises industrielles qui ont participé au développement économique du Valais sont encore en activité aujourd'hui et font partie de multinationales importantes : la Société des Usines de Produits chimiques de Monthey (1898), devenue la Ciba, puis un « site stratégique » du groupe Syngenta; Aluminium-Industrie AG (1908) à Chippis, devenue Alusuisse en 1963, et aujourd'hui divisée entre Novelis et Constellium après plusieurs changements de nom et restructurations; la Lonza (1897), installée à Gampel puis à Viège, devient un groupe international spécialisé dans l'industrie chimique et biotechnologique, avec siège social à Bâle. Il emploie en 2012 11 000 personnes dans le monde. ©



Construction de la centrale hydroélectrique de la Navizence à Chippis par Aluminium-Industrie AG, entre 1904 et 1911. ©

Au début du XX^e siècle, le canton change peu à peu de visage. L'économie se diversifie: l'agriculture reste très nettement majoritaire, mais l'industrie et le tourisme – qui a pris son envol dans les années 1860 – se développent. La société connaît une première mutation: certains paysans deviennent également ouvriers; la mobilité entre la plaine et la montagne se renforce; le nombre d'étrangers augmente et les premières grèves ouvrières ont lieu.

L'industrialisation et le monde ouvrier font peur aux conservateurs valaisans qui mettent surtout en valeur l'activité agricole.

L'arrivée du train en Valais permet une plus grande mobilité. Il facilite également le transport de marchandises et le développement touristique. Dans le même temps, le réseau routier se développe. ©



En septembre 1860, le Rhône déborde à plusieurs endroits de la plaine provoquant de nombreux dégâts. Il devient impératif d'améliorer son endiguement pour éviter ce type de catastrophe. De 1863 à 1894 est entreprise la première correction du Rhône. Améliorer la gestion du fleuve est un souci permanent. Les travaux permettent de mieux protéger les voies de communication et de gagner des terres cultivables. © Raphaël Ritz, Correction du Rhône près de Rarogne, 1888.

Deux nouveautés favorisent cette première modernisation du Valais: d'une part, la construction du chemin de fer qui place le canton sur les axes internationaux et facilite ses échanges avec le reste de la Suisse; d'autre part, les progrès réalisés dans l'utilisation de l'électricité dans les années 1890. On se rend compte que le canton peut être un grand producteur d'énergie grâce à ses nombreux cours d'eau. De plus, le faible coût de la main-d'œuvre motive certains industriels à s'implanter dans la vallée du Rhône.

En 1914, le Valais est en bonne voie pour rattraper le retard qu'il avait pris sur le reste du pays.



C'est dans les régions proches des grands sommets alpins (le Corvin et le Mont-Blanc) que se développent les premières stations touristiques valaisannes en 1851, l'Auberge de la Tête-Noire, dans la vallée du Trient, est transformée en hôtel; l'année suivante, un hôtel est construit à Zermatt; en 1857, à Champéry. Le chemin de fer donne un coup de fouet au tourisme et son développement s'accélère dès 1890. ©



« Jedem seine Geschichte »



48 / 49

RELIGION

Ah bon ?

La constitution de 1907 garantit la liberté religieuse. Le catholicisme est pourtant la religion officielle de l'Etat jusqu'en 1974. L'Eglise catholique romaine et l'Eglise réformée évangélique sont depuis considérées « d'intérêt général » et soutenues par l'Etat. Les autres communautés religieuses sont libres de s'organiser et de pratiquer. ●

Le Valais est un canton catholique. Cette affirmation était juste en 1815, elle l'est toujours au XXI^e siècle, même si elle présente une réalité quelque peu différente.

Jusqu'en 1848, l'évêque de Sion est l'autorité spirituelle du diocèse et dispose encore d'un certain pouvoir civil, même si ses droits temporels ont été fortement réduits à partir du XVII^e siècle. Il est représenté à la **diete** comme s'il était un quatorzième d'Etat et son influence sur la vie politique est marquée.

Au XIX^e siècle, les droits du clergé sont remis en question. Après la guerre du Sonderbund, le gouvernement radical soumet l'Eglise à l'Etat, lui retire ses propriétés, ses droits politiques, l'instruction publique... Lorsque les conservateurs reprennent le pouvoir en 1857, ils adoucent ces dispositions, mais ne reviennent pas en arrière sur un élément essentiel : la séparation entre les pouvoirs civil et ecclésiastique.

L'influence de l'Eglise catholique sur la société reste pourtant très forte jusqu'aux années 1970, voire au-delà. Le curé est une figure incontournable de la vie sociale. Il dispose d'une grande autorité morale. Les fêtes religieuses, les processions, les messes rythment le quotidien des communautés. Le clergé tient une place importante dans l'éducation, l'assistance et la santé. Pour beaucoup, il n'est pas question de remettre en question les enseignements religieux.

Henry van Muyden, Messe à La Sage, s.d. [1919] ●



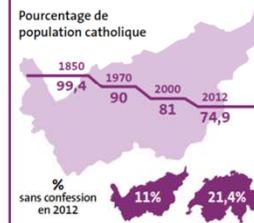
« Le rôle de la mère de famille est de la plus haute importance pour la conservation de la foi et de la piété dans la paroisse; c'est elle, en effet, qui est l'ange gardien du foyer, et qui doit y maintenir les traditions chrétiennes, d'elle, de son exemple, de l'éducation qu'elle leur donne que dépend l'avenir matériel et religieux de ses enfants. Elle est grande, elle est sublime, la mission de la mère vraiment chrétienne! Mais encore faut-il qu'elle ait au cœur la foi, le courage et la confiance, qu'une piété solide et éclairée la soutienne dans ce long martyre qu'est la vie. Pour cela, il faut que les mères de famille soient, elles aussi, groupées en association religieuse [...] »

Les femmes subissent sans doute plus que les hommes le « diktat » de l'Eglise. Celles qui ne soutiennent pas une morale chrétienne irréprochable sont montrées du doigt. Bulletin paroissial de Savitèze, mars 1935. ●

Dès les années 1960-1970, une lente mutation se dessine. Le rôle de l'Eglise et son emprise sur la vie quotidienne changent : la santé et l'éducation sont **laïcisées**, les pratiques religieuses sont adaptées aux nouveaux modes de vie; les fidèles posent un regard plus critique sur leur Eglise; de nouvelles communautés religieuses s'organisent hors du catholicisme. En Valais, cette mutation se fait très lentement, avec une différence marquée entre les régions urbaines et les zones rurales, entre le Bas-Valais et le Haut-Valais.

Après le **concile** Vatican II (1962-1965), l'Eglise catholique romaine s'adapte à la modernité : la messe n'est plus dite en latin, mais dans la langue du peuple; le prêtre ne tourne plus le dos aux fidèles; les laïcs peuvent aider le clergé; un rapprochement s'effectue avec les autres religions. Il faut du temps pour s'habituer à ces changements.

Au début du XXI^e siècle, le phénomène de déchristianisation tend à s'accroître dans le canton, avec des variations régionales.



Très catholique

En 1850, 99,4% de la population résidente est catholique, 0,6% composé de protestants. Jusqu'aux années 1970 au moins le pourcentage de catholiques reste supérieur à 90% alors qu'en 2000 il est de 81% et en 2012 de 74,9%. Les autres confessions chrétiennes gagnent un peu de terrain ainsi que l'islam, mais c'est surtout la proportion de personnes se déclarant sans appartenance religieuse qui augmente! De 3,9% en 2000 elle passe à 11% en 2012. Cela reste cependant bien en dessous de la moyenne suisse qui est de 21,4%. ●



C'est quoi « Ecône » ?

La Fraternité Saint-Pie-X est fondée en 1970 par un Français, M^{gr} Marcel Lefebvre. Elle installe son séminaire à Ecône, près de Riddes. La fraternité ne reconnaît pas les nouveautés introduites par le concile Vatican II et remet en question l'autorité du pape. En 1975 déjà, elle n'est plus reconnue par l'Eglise catholique et elle entre en conflit avec le Vatican dès l'année suivante. Mgr Lefebvre et cinq autres évêques de la fraternité sont excommuniés en 1988. Les excommunications sont levées en 2009 et des négociations débutent pour réintégrer la fraternité dans l'Eglise. Aucun accord n'a été trouvé à ce jour. « Ecône » est souvent considéré comme un groupement intégriste. ●



Le 17 juin 1984, plus de 40 000 personnes assistent à la messe dite par le pape Jean Paul II sur le tarmac de l'aéroport de Sion. ●

Différentes religions non chrétiennes sont présentes en Valais. Ici, la communauté turque musulmane d'Ardon en 1987. ●



« Jedem seine Geschichte »



Quitter sa terre...



Un Valais industriel

Economie et Transport

Vidéo 7 min.

3 avril 1960

Divers

Le Valais s'industrialise jusque dans ses petits villages.



« Jedem seine Geschichte »



www.achacunsonhistoire.ch www.jedemseinegeschichte.ch

42 / 43

QUESTION OUVRIÈRE

Table des matières



Certaines régions de Suisse entament leur révolution industrielle au début du XIX^e siècle déjà. Le Valais ne connaît ces changements économiques, environnementaux et sociaux qu'au tournant du XX^e siècle.

Dès les années 1890, l'électricité hydraulique est mieux maîtrisée et l'eau devient un bien précieux. Attirée par cette énergie facilement exploitable, de grandes industries de chimie et d'aluminium s'implantent dans la plaine du Rhône. Au même moment, de grands chantiers s'ouvrent. Avec le percement des tunnels ferroviaires et la construction des barrages, le nombre d'ouvriers dans le canton explose!

Dans la première moitié du XX^e siècle, à côté des grandes industries, existent également de plus petites fabriques, actives dans des domaines très divers.



Depuis toujours, la part des femmes travaillant dans l'industrie en Valais est très faible par rapport à d'autres régions de Suisse. L'industrie lourde emploie surtout des hommes. Les femmes sont employées pour des travaux plus fins comme ici à la fabrique « La perle du lac » à Saint-Gingolph vers 1954. L'industrie change pourtant aussi la vie des femmes qui remplacent les hommes pour l'exploitation agricole.

+ 1 franc pour tous
A partir de 1848, l'Etat fédéral intervient pour stimuler la création d'un marché commun en Suisse: les douanes intérieures sont supprimées, une monnaie unique – le franc – est créée (1850).



Les enfants travaillent également à l'usine (ici, à la verrerie de Monthey entre 1900 et 1910). La loi fédérale sur les fabriques de 1877 interdit ce travail aux moins de 14 ans; la loi cantonale de 1933 relève cet âge minimum d'une année. Une protection spécifique des jeunes travailleurs est petit à petit adoptée.

« Jedem seine Geschichte »



■ Le tourisme en Valais (p. 36-37)

Accroche: Cite trois lieux et trois activités touristiques en Valais. Selon toi, le Valais est-il un canton touristique? Justifie.

Observe les illustrations ②, ③, ⑤ et ⑥ p. 36-37.

1. Quels aspects du Valais sont mis en évidence?
2. Cela correspond-il à ta définition du tourisme actuel?

Compare ces images à celles-ci-dessous. Note deux similitudes et deux différences.



Lis le texte 1 p. 36 et observe l'illustration ⑦ p. 37.

1. Quels sont les aménagements nécessaires au tourisme? Notes-en deux autres.
2. Quel est l'impact sur le paysage?
3. Quel est l'impact économique de l'activité touristique?

Synthèse: Le tourisme en Valais

Complète le tableau ci-dessous:

	Acteurs	Activités	Aménagement	Impacts économiques

« À chacun son histoire »



« Jedem seine Geschichte »



42 / 43

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gibt es neben den grossen Industrien auch kleinere Fabriken, die in verschiedenen Bereichen tätig sind. Ⓞ

+ 1 Franken für alle
Ab 1848 stimuliert der Bund die Schaffung eines gemeinsamen Marktes in der Schweiz. Die inneren Zölle werden aufgehoben und 1850 wird eine gemeinsame Währung geschaffen, der Franken. Ⓞ

DIE ARBEITERFRAGE



In einigen Schweizer Regionen beginnt die industrielle Revolution bereits Anfang des 19. Jahrhunderts. Das Wallis erlebt diese wirtschaftlichen, umweltbezogenen und sozialen Veränderungen erst an der Wende zum 20. Jahrhundert.

Seit den 1890er Jahren wird die hydraulische Stromproduktion besser beherrscht und das Wasser wird ein kostbares Gut. Die grossen Chemie- und Aluminiumindustrien, von dieser leicht nutzbaren Energie angezogen, lassen sich in der Rhoneebene nieder. Zur gleichen Zeit beginnen grosse Baustellen. Mit dem Bohren von Eisenbahntunneln und dem Bau von Staudämmen explodiert die Zahl der Arbeiter im Kanton.



Im Vergleich zu anderen Regionen der Schweiz ist der Anteil Frauen, die in der Industrie arbeiten, im Wallis schon immer sehr klein. Die Schwerindustrie beschäftigt vor allem Männer. Die Frauen werden für feinere Arbeiten angestellt, wie hier in der Fabrik „La perle du lac“ in Saint-Gingolph um 1954. Die Industrie verändert aber auch das Leben der Frauen, die die Männer in der Landwirtschaft ersetzen. Ⓞ



Die Kinder arbeiten ebenfalls in der Industrie (hier auf der Baustelle des Lötschbergtunnels in Goppenstein zwischen 1906 und 1913). Das Fabrikgesetz von 1877 verbietet diese Arbeit für unter 14-Jährige; das kantonale Gesetz von 1933 erhöht das Mindestalter um ein Jahr. Nach und nach wird für junge Arbeiter ein besonderer Schutz eingeführt. Ⓞ

« Jedem seine Geschichte »

